

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Freitag: Monats-Bezugspreis
Bei Abholung in den Kanzleien der Stadt 1.50 RM., bei Postabholung 1.85 RM.,
bei Bezugnahme im Buchhandel 2.00 RM.
Postkarten 50 Pf., Zeitungsmarker 10 Pf., Sondermarken 20 Pf.,
Sachkunden 50 Pf., Zeitungsmarker 10 Pf., Sondermarken 20 Pf.,
Telegramme 50 Pf., Zeitungsmarker 10 Pf., Sondermarken 20 Pf.,
Telegraphen 50 Pf., Zeitungsmarker 10 Pf., Sondermarken 20 Pf.

Bezugspreis: Das Monats-Blatt für die 10 min. breite einfache
Tafel 80 Pfennige, für die 10 min. breite doppelseitige Tafel 90 Pfennige,
für die 10 min. breite Seite im Hochformat 60 Pfennige. Kleinere Anzeigen nach dem Maßstab zu bestimmen. Die Nachrufe
und Bezeichnungen 1 Seite Kostenpflichtig. — Der historische Teppich und
die Pfalzgräfinnen kostet 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen und im Weichen
Leistungsfeldern Gewöhnung nach schriftlicher Abschrift.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft Stöba des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenbergs und der Gemeinde Niederwiesa
+ Notationsbeutel und Druck: C.G. Rossberg (Inhaber Ernst Rossberg jun.) in Frankenberg + Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegeert, Frankenberg +

N° 10

Donnerstag den 13. Januar 1927 nachmittags

86. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Die Zentrumspartei des Reichs-
gesellschaften und ihrer Bevölkerung der von Dr.
Göring beabsichtigten Radikalbildung entgegensteht.
In Danzig ist ein Wohlwollerschaften eines
größeren Brummen gegen eine deutsche Frau auf-
getreten worden.

Die Grippe hat sich in Berlin weiter ausgebaut.
Von Elbe und Rhein wird Hochwassergefahr
gemeldet.

Die Regierungsparteien im sächsischen
Landtag haben den Deutschen Nationalen wichtige Zu-
stimmung gegeben.

Vom 15. Dezember bis zum 1. Januar ist eine
Kurzregierung der Grünenlosigkeit
angekündigt.

Für die Entfestigung der ehemaligen deutschen
Städte Aachen, Koblenz, Mainz, Kehl und
Wesel sind in den Reichshaushalt eine Million
Mark eingeplant worden.

Der Auswärtige Ausschuss des Sena-
ts der Vereinigten Staaten beschäftigte
sich mit den Vorgängen in Mittelamerika. Kellogg
vertritt seine Politik.

Frankfurt erklärte, daß bei den Verhandlungen
keine Verpflichtungen für eine vorzeitige Rheinland-
abtretung eingegangen worden seien.

Pawel und Körber verhandelten gestern mit
dem Sekretär der Volksaufklärung.

Der Sekretär des Völkerbundes Col-
gan empfing in Kattowitz die Vertreter des
Deutschlands in Polisch-Oberschlesien.

Zum Oberpräsidenten der französischen Kom-
mission wurde der republikanische Sozialist Brunet ne-
wählt.

Das englische Kabinett beschäftigte sich
gestern eingehend mit der Lage in China.

In dem besetzten Gebiet sind ohne vorherige
Meldung Schießübungen der Besatzungsstruppen statt,
wodurch deutsche Staatsangehörige bereits in Gefahr
gekommen sind.

Die neuen Arbeitsgerichte

Von Rechtsanwalt Dr. Rieze,
Vorsitzender am Gewerbegericht der Stadt Berlin.

Jahrelang tobte der Kampf um die Schaffung
der Arbeitsgerichte. Wohl waren die Regierung,
die politischen Parteien und die wirtschaftlichen
Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich
darüber einig, daß die Zersplitterung der Rechts-
sprechung auf dem Gebiete des Arbeitsrechts be-
fehligt werden muß, um so sich dieses Gebiet immer
mehr zu einer wirtschaftlich bedeutenden Disziplin
herauszubilden, aber bei der Bestimmung der Struk-
tur der Arbeitsgerichte waren Gegensätze von
erheblicher Natur auf dem Gebiete der Weltan-
schauung zu überwinden. Umso erstaunlicher ist
es, daß der Reichstag mit so großer Schnelligkeit
das Gesetz verabschieden konnte.

Das Arbeitsgerichtsgesetz berührt den größten
Teil der deutschen Bevölkerung, ist also von all-
gemeiner Bedeutung.

Die Streitigkeiten aus dem Dienstvertrag wurden
bis dahin von den Gewerbegeichten bzw. In-
nungsschiedsgerichten, sofern es sich um Streitig-
keiten aus einem gewerblichen Dienstverhältnisse,
von den Kaufmannsgerichten, sofern es sich um
Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und ihren Hand-
lingsgehilfen und Lehrlingen handelt, im übrigen
von den ordentlichen Gerichten entschieden.

Vom 1. Juli 1927 ab entscheiden lediglich
die Arbeitsgerichte über alle Ansprüche aus dem
Arbeits- oder Lehrverhältnisse, aus Verhand-
lungen über die Eingabe eines Arbeits- oder
Lehrverhältnisses, sowie über die Ansprüche aus
unerlaubter Handlung, soweit sie mit dem Arbeits-
oder Lehrverhältnis zusammenhängen. Zuständig
sind die Arbeitsgerichte ferner für die Ansprüche
aus dem Betriebsvertrag, die bisher schon den
sogenannten vorläufigen Arbeitsgerichten zuge-
wiesen waren. Dazüber hinaus haben die Arbeits-
gerichte auch über Streitigkeiten zwischen Arbeit-
nehmern aus gemeinsamer Arbeit, über Ansprüche
aus unerlaubten Handlungen, soweit sie mit dem
Arbeits- oder Lehrverhältnis im Zusammenhang
 stehen und über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten der
Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen zu entscheiden. Alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsver-
hältnis werden also ohne Rücksicht auf den Wert
des Streitgegenstands unter Ausschluß der ordent-
lichen Gerichte vom einer Behörde, den Arbeits-
gerichten entschieden.

Die ausführliche Zuständigkeit der Arbeits-
gerichte kann lediglich durch ein nach den Bestim-
mungen des Arbeitsgerichtsgesetzes vereinbartes
Schiedsgericht ausgefüllt werden.

Die Arbeitsgerichtsbehörden bilden einen An-
hang für sich. In erster Instanz sind die
Arbeitsgerichte, in zweiter Instanz die Landes-

arbeitsgerichte und im dritten Instanz das Reichs-
arbeitsgericht tätig.

Die Arbeitsgerichte werden als selbstständige Ge-
richte errichtet und zwar in der Regel für den
Bereich eines Amtsgerichts. Jedes Arbeitsgericht
besteht aus der erforderlichen Anzahl von Kam-
mern. Es müssen für Arbeitgeber und Angestellte
getrennte Räume gebildet werden. Im Bedarf
falls können für bestimmte Berufe und Gewerbe
besondere Räume eingerichtet werden. Die einzelnen
Räume werden in einer Besetzung mit einem
Vorsitzenden und je einem Bevölkerer der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer tätig sein. Die
Vorsitzenden sind regelmäßig ordentliche Richter,
die von der Landesarbeitsgerichtsverwaltung im Einver-
nehmen mit der Obersten Landesbehörde für die
Sozialverwaltung bestellt werden. Die Bevölkerer
werden aus den Vorschlagslisten der im Gerichts-
bezirk bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen
der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die
höhere Verwaltungsbehörde des Landes im Ein-
vernehmen mit dem Präsidenten des Landesgerichts
auf die Dauer von drei Jahren berufen. Für die
für Arbeiter und Angestellte getrennt einzurichtenden
Räume können nur solche Personen aus ihren Reihen auf-
genommen werden, die das 20. Lebensjahr vollendet haben,
im Beyle des Arbeitsgerichts seit mindestens einem
Jahr als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer tätig
und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und der
Fähigkeit zur Verfehlung öffentlicher Amtier
sind. Auch diejenigen Personen dürfen nicht in
die Vorschlagsliste mit aufgenommen werden,
gegen die das Hauptverschulden wegen eines Ver-
brechens oder Vergangs eröffnet ist, das die
Überfehlung der bürgerlichen Ehrenrechte und der
Fähigkeit zur Verfehlung öffentlicher Amtier zur
Folge haben kann, und die infolge gerichtlicher
Anordnung in der Verfügung über ihre Vermögen
beschränkt sind.

Die Landesarbeitsgerichte sind im Gegensatz zu
den Arbeitsgerichten nicht selbstständig, sondern wer-
den bei den Landgerichten errichtet. Jede Kammer
eines Landesarbeitsgerichts wird in der Besetzung
mit einem Vorsitzenden und je einem Bevölkerer
der Arbeitgeber und Arbeitnehmer tätig sein. Die
Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts sind aus
den Direktoren und ständigen Mitgliedern des
Landesgerichts, auch des am Sitz des Landes-
arbeitsgerichts befindlichen Oberlandesgerichts zu
berufen. Die Bevölkerer müssen das 30. Lebensjahr
vollendet haben. Ihre Berufung erfolgt in gleicher
Weise, wie die der Bevölkerer des Arbeitsgerichts.
Das Reichsarbeitsgericht wird beim Reichsgericht
errichtet. Jeder Senat wird in der Besetzung
mit einem Vorsitzenden, gewöhnlich einem Senats-
präsidenten, zwei räumlichen Bevölkerern und je
einem Bevölkerer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
tätig sein. Die Bevölkerer werden vom Reichs-
arbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichs-
minister des Justiz den Vorschlagslisten der
Spitzenverbände der wirtschaftlichen Vereinigungen
der Arbeitgeber und Arbeitnehmer berufen; sie
müssen das 35. Lebensjahr vollendet haben.

Für das Urteilsverfahren vor dem Arbeits-
gerichtsbehörden gelten die Bestimmungen ent-
sprechend der Strafprozeßordnung. Ausgenommen
sind die Vorschriften über den Ursachen- und
Wechselprozeß und das Güteverfahren. Anstelle
des letzteren treten die beiderneben Güteverfahrens-
vorschriften des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Die Verhandlung mit den Parteien soll mög-
lichst unmittelbar sein. Der Vorsitzende kann
daher jederzeit das verhöhlte Erscheinen der Par-
teien anordnen. Aus diesem Grunde sind auch
Rechtsanwälte über die Parteien, die das Auftreten
vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, bei den Ar-
beitsgerichten nicht zugelassen, wohl aber Syndicat
der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaftssekretäre.
Vor den Landesarbeitsgerichten und dem
Reichsarbeitsgericht müssen jedoch die Parteien
sich durch Rechtsanwälte vertreten lassen. Zu den
Landesarbeitsgerichten sind jedoch auch vorre-
chtsgerichtliche Mitglieder und Angestellte von Ar-
beitgeber- und Angestelltenverbänden zugelassen.

Die mündliche Verhandlung beginnt mit einer
Verhandlung vor dem Vorsitzenden allein zum
Zweck der gütlichen Belebung des Rechtsstreites.
Der Vorsitzende hat das gesamte Streitverhältnis
unter freier Würdigung aller Umstände zu er-
örtern und zur Aufklärung aller Handlungen vor-
zunehmen, die sofort erfolgen können. Er hat
weiterhin alle Handlungen vorzunehmen, die er
fordert sind, um die Verhandlung vor der
Kammer in einem Termint zu Ende zu bringen.
Das Arbeitsgericht entscheidet rechtsträchtig bis
zu einem Streitwert von 300 RM. Bei einem
höheren Streitwert ist die Berufung an das Lan-
desarbeitsgericht zulässig, ferner dann, wenn das
Arbeitsgericht wegen der grundsätzlichen Bedeu-

tung des Rechtsstreites die Berufung zuläßt. Die
Berufungsinstanz und die Frist zur Begehung der
Berufung betrugen je zwei Wochen. Neue Tat-
sachen und Beweismittel können nur im ersten
Termin noch geltend gemacht werden.

Gegen die Urteile des Landesarbeitsgerichts
im Berufungsverfahren ist die Revision an das
Reichsarbeitsgericht statthaft, wenn der Streit-
wert 4000 RM. übersteigt, oder wenn das Landes-
arbeitsgericht die Revision wegen der grundsätzlichen
Bedeutung des Rechtsstreites angefohlen hat.
Für die Rechtsanwendung und Begründung
ist eine Frist von je zwei Wochen vor-
gesetzt. Neue Tatachen und Beweismittel kön-
nen in der Rechtsanwendung nicht mehr vorge-
tragen werden. Die Revision kann nur darauf
gestellt werden, daß gelegte oder tarifvertragliche
Bestimmungen nicht oder nicht richtig an-
gewandt worden sind.

Für das Gebiet der Arbeitsmarktrechte hat das
Arbeitsgerichtsgesetz die Bestimmungen über die
Schiedsgerichte besonders geregelt. Schiedsgerichte
zur Entscheidung von Arbeitsmarktrechten können
nur noch im Tarifvertrag ohne jede Beschrän-
kung und zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und
Arbeitnehmer mir dann noch vereinbart werden,
wenn der Arbeitnehmer ein Angestellter ist und
sein Jahresarbeitsvertrag die im Angestellten-
versicherungsgesetz vorgeschriebene Grenze für die
Versicherungspflicht übertragen. Nur in diesen Fällen
kann die Arbeitsgerichtsbarkeit ausgeschlossen
werden.

Boris und die Rheinlandräumung
(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 13. Januar.

Neue Zwischenfälle im besetzten Gebiet, bei
denen ruhige deutsche Passanten von angetrul-
lenen Besatzungssoldaten angegriffen und miß-
handelt worden sind, haben erneut Veranlassung
gegeben, daß der Vertreter der politischen Partei-
en des Rheinlands sich an einzelne Minister
des Reichskabinetts mit der Bitte gewandt haben,
die Räumungsverhandlungen nach Möglichkeit zu
befähigen, um der jetzigen Unsicherheit ein
Ende zu bereiten.

In Unterhandlungen des deutschen Rheinland-
kommissars Langewirth von Simmern mit der
Rheinlandkommission ist wiederholt die Forderung
geklungen, um die Besatzungssoldaten der
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzuregen. Hierzu hören wir,
da die französische Presse stellt die Haltung des Reichs-
kabinetts so dar, als ob man geneigt ist, die
Entscheidungen hinauszögern, um nach Abschluß
der Interalliierten Militärfontrollkommission
internationalen Schiedsgerichte um ein Urteil
über die Restpunkte anzure

Curtius' Stellung nehmen sollen. Die einzige Partei, die sich bisher festgelegt hat, ist die Demokratische Partei. Dr. Koch hat als Vorsitzender der Dr. Curtius mitgeteilt, daß seine Partei an der Bildung eines Kabinetts mit den Deutschen-nationalen kein Interesse habe und daß man auf die Mitarbeit der Demokraten darum nicht rechnen könne. Alle übrigen Parteien haben die Zustimmung zu Dr. Curtius' Plänen vollkommen von der Haltung ihrer Fraktionen abhängig gemacht, die am Donnerstag und Freitag zusammengetreten werden. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß es spätestens zum Sonnabend sich ein klares Bild ergibt und daß man bis zu diesem Termin weiß, ob Dr. Curtius seine Mission als gescheitert ansieht oder das Rantzenamt annimmt.

Die Forderungen der Gewerkschaften bei Curtius

Berlin, 12. 1. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius empfing heute im Laufe des Tages die Vertreter des Landbundes, ferner die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften. Im wesentlichen handelt es sich für Dr. Curtius darum, festzustellen, wie nach Ansicht dieser wichtigen wirtschaftlichen Gruppen ein Arbeitsprogramm der neuen Regierung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht beschaffen sein müsse. Von Gewerkschaftsseite wurde besonders darauf hingewiesen, daß von der neuen Regierung vor allem die Verabschaffung des Arbeitszeitgesetzes möglichst beschleunigt werden müsse. Da hierüber naturgemäß lange Zeit vergehen müsse, wird von Gewerkschaftsseite vor allen Dingen die schnelle Inkraftsetzung des Arbeitszeitgesetzes gefordert. Außerdem wurde noch folgendes Programm dargelegt: Beschränkung der Einbeziehung der Arbeitnehmer in die öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern, beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, Emanzipation von Notstandsarbeiten, insbesondere von Straßenbauten anstelle der vorgesehene Kanalbauten zwecks umfangreicher Beschäftigung in den Städten wohnender Arbeitslosen, scharfe Maßnahmen gegen die Preistreiberei, härtere Kontrolle des Aussehengeschäfts, Ausnutzung der staatlichen Machtmittel gegen die monopolistische Bedeutung der Trusts und Kartelle, schneidigste Erlegung geeigneter zollpolitischer Maßnahmen zwecks Vergroßerung des deutschen Anteils am Welthandel.

Der Beschuß der Zentrumspartei

Berlin, 12. 1. Die Zentrumspartei des Reichstages fügt am Mittwoch abend nach zweihundertjähriger Beratung einstimmig folgenden Beschuß:

Die Zentrumspartei des Reichstages teilt die schweren außenpolitischen und innerpolitischen Bedenken des Fraktionsvorstandes hinsichtlich der von Dr. Curtius beabsichtigten Kabinettbildung. Der Vorstand wird beauftragt, diese Bedenken dem Herrn Dr. Curtius und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Herrn Dr. Stresemann erneut darzulegen.

Deutschland protestiert gegen Polen

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 13. Januar.

In der letzten Sitzung des Reichstabinettes wurde erwogen, ob Deutschland gegen die neue Heze des polnischen Außenministers Jozefi eine Proklamation nach Warschau richten sollte. Man hat diesen Weg nicht eingehalten, um die Atmosphäre nicht unnötig zu beunruhigen und protestiert durch eine offizielle Verlautbarung des amtlichen Telegraphen-Agentur. Wie hören hierzu, daß man in offiziellen Kreisen den Eindruck hat, als ob Jozefi mit diesen Reden den Zweck verfolgt, die deutsch-französische Annäherung zu stören, weil

nach einem Übereinkommen zwischen Deutschland und Frankreich dieses sein Interesse mehr an der Freundschaft mit Polen haben würde. Dieser Standpunkt wird im Interesse der europäischen Zusammenarbeit und des allgemeinen Ausgleiches der Interessen außerordentlich bedauert. Deutscher Seite ist jedenfalls nichts unterlassen worden, was der Förderung dieser Politik dienlich sein könnte. Alle übrigen Parteien haben die Zustimmung zu Dr. Curtius' Plänen vollkommen von der Haltung ihrer Fraktionen abhängig gemacht, die am Donnerstag und Freitag zusammengetreten werden. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß es spätestens zum Sonnabend sich ein klares Bild ergibt und daß man bis zu diesem Termin weiß, ob Dr. Curtius seine Mission als gescheitert ansieht oder das Rantzenamt annimmt.

Die Kabinettsopposition gegen Polen

Paris, 13. 1. (Kunzpruch.) Die Gerüchte von einem tiefergehenden Nihil im Kabinett Briand wollen nicht verstummen. Die "Victoire" behauptet heute, daß die Politik Briands nicht nur bei Poincaré, Tardieu, Longue und Bolzanowski immer größere Opposition begegne, sondern auch bei Sarraut und Herricot. Letzterer hat sich besonders gegen eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes ausgesprochen, solange noch irgend ein Zweifel über die Absichten Deutschlands bestünde. Kriegsminister Poincaré und Landwirtschaftsminister Quenouille hätten Briand während seines Aufenthaltes im Süden Frankreichs über diese Opposition unterrichtet. Daraufhin sei der französische Außenminister trotz seiner angegriffenen Gesundheit schnellst nach Paris zurückgekehrt. Da Briand beim Kabinett mit seinem Wunsche, eine außenpolitische Debatte herbeizuführen, nicht durchgedrungen sei, führten nun seine Freunde einen Feldzug gegen Poincaré, den sie als erbitterten Sarrautgegner und seinen Sturz als einziges Mittel zur Sicherung des Europa-Friedens bezeichneten.

Die "Times" zur Frage der Kriegsmaterialherstellung

London, 13. 1. (Kunzpruch.) Die "Times" veröffentlicht einen Bericht ihres Berliner Korrespondenten über noch bestehende Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Regierung und der interalliierten Kontrollkommission in den industriellen Fragen der Abteilung. Von mehr als 50 Fragen seien allerdings nur noch acht Differenzpunkte übrig geblieben, von denen einer neuendiges Schwierigkeiten wegen der fast unmöglichkeit Definierung des Begriffes "Kriegsmaterial" bereite. Bei Halbschlüsseln sei in vielen Fällen eine Herstellung von Kriegsmaterial ebenso leicht möglich, wie für zahlreiche andere Zwecke. In der Frage der Spezialmaschinen seien die Interessen nur weniger deutscher Firmen berührt, so daß eine Lösung im Sinne der Alliierten keine ernsthaften Schwierigkeiten bieten werde. Eine Kompensation in dem ganzen Fragenkomplex sei insofern zu verzweigen, als er mit politischen Dingen verknüpft werde.

Bressstimmen zur Regierungsbildung in Sachsen

Dresden, 12. 1. Zur Regierungsbildung in Sachsen streift die linkssozialistische "Dresdner Volkszeitung", nochmals sie gegen die A.P.S.-Deute, die Deutschnationalen und die Aufmerksamkeit geworfen hat, u. a.: Darüber, wie lange die Held-Begierung am Leben bleiben wird, läßt sie heute noch nichts voraussehen. Es drohen ihr kaum Gefahren von den kleinen Parteien, die jetzt die Wahl der Regierung mit ermöglichen. Eine andere Frage ist, wie lange die Deutschnationalen dem neuen Kabinett in der heiligen Horn ihre Unterstützung leisten werden... Schließlich wird es das Ziel der Sozialdemokratie sein, dieser Regierung so bald als möglich ein

Ende zu machen und die Regierung wird darauf rechnen müssen, daß ihr die Sozialdemokratie die schärfste Opposition bereitet. Allerdings brauchen sich die Kommunisten nicht einzubilden, doch hat die sozialdemokratische Parlamentsfraktion eigentlich an dem polnischen Ausflug bestanden, wie den die Kommunisten jederzeit bereit sind. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß nicht bald aus solchen Fragen behandelt werden, bei deren Behandlung es dem Bereich Bürgermeister schwer werden wird, eins zu bleiben."

Das Leibmann-Legan, die "Leipziger Volkszeitung", schreibt unter der Überschrift: "Eine Ministerkollektion von Reaktionären": "Ihre Kabinettsherrschaft ist jedoch bereit, die sozialdemokratische Partei zu unterstützen, wenn sie die Regierung auf der beobachtenden Märkttagung des Völkerbundes verhindern kann, um so mehr als es Aufgabe der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, in energischer Weise den Bandstand und die Regierung vor sozialkritische Entscheidungen zu stellen. Durch entsprechende Anträge und Gesetzentwürfe muß unsere Fraktion die realistischen Parteien zwingen, offen Karde zu bekennen. Dadurch werden auch die Gegenseite innerhalb der Parteien jüngst treffen, die das Kabinett selbst in den Sattel gehoben haben."

Das Leipziger Kommunalblatt bemerkt: "Die Sozialdemokratie versucht umsonst, sich von der Verantwortung frei zu machen. Sie ist für das neue Held-Kabinett genau so verantwortlich wie für das alte, dessen Politik sie trotz Schließpatriotismus die facto machte. Die Sozialdemokratie darf nicht einen Augenblick daran, außerparlamentarische Mittel einzunehmen, um ihr eigenes Programm in Angriff zu nehmen, sie verlegt sich auf Schärfer und verschafft sich auf Verhandlungen der Aufmerksamkeit. Sie sieht jetzt als betrogene Betrügerin da."

Das Organ der Altkatholiken, der "Volksstaat", beschäftigt sich in seinen Berichtungen über die Regierungsbildung besonders mit den Deutschnationalen und bemerkt: "Sie entschlossen sich, ihre Stimmen für Held abzugeben; sie entschlossen sich — es ist nicht zu leugnen — in ebenso flüger wie vornehmen Weise... Deider kann man alle Hoffnungen aufgeben, daß die Altkatholiken jemals auch nur ein Bruchteil ihres sozialpolitischen Verantwortungsfeldes aufbringen würden, das die Deutschnationalen unangenehm an den Tag gelegt haben. Sicher sollten die Deutschnationalen daraus kein Recht schöpfen wollen, die Altkatholiken mit Vorwürfen und versteckten Anklagen zu überhäufen. Auch die Altkatholiken haben sich ausschließlich von dem Gedanken katholischer Notwendigkeit leiten lassen. Wer die allgemeinen katholischen Geschäftsführer vorwurft, sie überstiegen und übertrafen, nach das zugehen, selbst wenn er persönlich bedauern mag, doch infolge der Haltung der A.P.S. den Deutschnationalen die aktive Regierungsbeteiligung verbot.

Technisch urteilt auch die "Sächsische Staatszeitung", die zugibt, daß die Einstellung der Deutschnationalen ein hohes Maß von Aufopferung erforderte, denn dann das Verbündeten mit Dritten legt unverkennbar Zwang auf. Und so Unzählige, denen es früher möglich war, ein eigenes, wenn auch noch zu winziges Zuhause zu haben, leben heute mißert. Aus all dem ergibt sich, daß die beiden Feinde des Jugendländje gemacht werden müssen, beide Teile müssen Rücksichtnehmen und Entgegenkommen wollen lassen. Und ich meine, zwischen gebildeten Menschen, fällt dies nicht allzu schwer.

Unbedingt müssen vor dem Mieten alle Fragen erörtert werden, nichts ist ungemeinherr, als nachträgliche Debatten. Der Vertrag ist jetzt in sämtlichen Punkten schriftlich abzufassen.

Menschen, die von vornherein das Gefühl einer auch noch so leichten Antipathie gegeneinander hegten, sollen nie zusammenziehen, es besteht leider von Anfang an ein Vorurteil.

Nach besten Kräften sollte jede schärfste Auseinanderlegung vermieden werden, sie hinterläßt stets eine Spannung, die sich leichter verschärft, als verliert.

In ruhiger, höflicher Aussprache kann viel erreicht werden, unwillkürliche wird die gegenüberstehende Person in den Ton versetzen, der gegen sie angebrachten wird.

Im allgemeinen: Niets gleichbleibende Höflichkeit, Rücksichtnahme, Großzügigkeit und Fairplayhaltung!

Aus Heimat und Vaterland

Franckenberg, 13. Januar 1927.

Tageskalender:

13. Januar. Evangel. Hilarius, Kathol. Gottfried. — Sonnenaufgang: 8.01, Untergang 3.27. Worms — Geburtstage: † 1890 Georg Fox, Gründer der Gesellschaft der Quäler (Freunde) in London. — * 1749 Frieder. Müller, Dichter in Kreuznach. — * 1802 Ed. von Bauernfeld, Lustspielschriftsteller. — * 1814 Eröffnung Wittenbergs durch die Preußen. — * 1850 Philipp Jorn, Rechtsgelehrter. — * 1859 Karl Bleibtreu, Schriftsteller. — † 1902 Heinrich Krampe, Dramatiker. — † 1924 Ernst Schweninger, Mediziner.

Bermieteter und Untermieter

Wem ist heute noch das große Bild beschrieben, alleiniger Besitzer und Genießer einer eigenen Wohnung zu sein? Wohl die wenigsten können sich dieses Vorzugs rühmen; denn die Wohnungswirtschaft und nicht zum minderen die wirtschaftliche Lage bringt darauf hin, jeden entbehrlichen Raum auszunützen und zu vermieten.

Ganze Familien haben ihren Haushalt zu einem aufgeschlagen, besonders bevorzugt haben nur einzelne oder gar nur einen einzigen Untermieter in ihrer Wohnung.

Ohne Frage, es ist kein leichter Entschluß, vollkommen unbekannte Menschen in sein Hauswesen einzunehmen, momentan leicht empfindsame, fernabliegende Menschen später zu oft gerade Körperlich das fremde Element im Hause; denn ein jedes Sein hat eine eigene Atmosphäre und jeder anderer geartete Geist wird leicht als Unheil empfunden. Herrschen gar noch Störungen einer Art, dann wird die tiefe Wachheit, daß unser „Zuhause“ unsre Zustadt, unser Asympol, unser fühlster Besitz ist, aus Illusion.

Wollen wir nun einmal gerecht sein, um auf den Kern der Sache zu kommen: Wer wird immer als der bedeutsamste, benachteiligte und leidende Teil hingestellt? Doch immer der Vermieter! Und wir vergessen dabei meist, daß der Zugewogene den gleichen Entbehrungen, Opfern und Unannehmlichkeiten ausgesetzt ist.

Wie betrübend, daß die jungen Ehepaare kein eigenes Heim haben, gerade in den allerheiligsten Jahren wird es doppelt schmerzlich empfunden; denn das Verbündeten mit Dritten legt unverkennbar Zwang auf. Und so Unzählige, denen es früher möglich war, ein eigenes, wenn auch noch zu winziges Zuhause zu haben, leben heute mißert. Aus all dem ergibt sich, daß die beiden Feinde des Jugendländje gemacht werden müssen, beide Teile müssen Rücksicht nehmen und Entgegenkommen wollen lassen. Und ich meine, zwischen gebildeten Menschen, fällt dies nicht allzu schwer.

Die "Sächsische Volkszeitung", das Sprachrohr der ländlichen Katholiken, meint, die gebundene Pflicht der ländlichen Regierungsträger sei alles andere denn eine Ideale. Man willte aber fest, daß die Grundlinie für die nächste politische Entwicklung des Landes Sachsen im Sinne der politischen Masse, also geläufig positiver Aufbauarbeit, festgelegt worden sei.

Politische Nachrichten

Die "Athen" vor Kappstadt. Nach einer Meldung der Blätter aus Kappstadt ist der deutsche Kreuzer "Athen" als erstes deutsches Kriegsschiff nach dem Kreis in der Tafelbaucht vor Anker gegangen.

Schließungen der Belegschaftsvereine ohne Warnung. Wie dem "Landsauer Anzeiger" mitgeteilt wird, sind den jüngst auf dem Langenselber Hof Schließungen der französischen Belegschaftsgruppen statt, ohne daß eine Warnung für Vorausgehende erfolgt ist. Am Dienstag geriet nun ein Glasohner in die Schußlinie und befand sich eine Zeitlang in großer Gefahr.

Die ersten Einschreibverbote für Soldaten in Kahlau. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist das Verbot der Einreise von geistlichen Personen nach der Sowjetunion in Kraft getreten. Die Sowjetregierung hat die Einreise dem englischen Priester Garrison und dem französischen Prälaten d'Urbigny verbot.

Stille ist mit einem Male. Der Rittmeister lädt hell auf.

"Sagt's noch einmal! Wer soll ich sein?"

"Prinz August, Graf zu Hohenstein."

Der Rittmeister hat sich wieder beschwert.

Zäselnd sieht er auf den Ullern.

"Hört, mein Freund! Ich bin der Rittmeister Friedrich von Augsburg. Ich kenn' den Prinzen August nicht, ich bin es nicht, kann es nicht sein."

"Als ob' Eu. Gnaden wärten," sagt der Rittmeister düstätig.

"Itt gut, Alter! Jetzt spielt Et!"

Und dann spielen sie weiter. Mit einem Male scheint's allen, als sei ein anderer Ton in die Lieder gekommen. Eine parte, innige Weise schwingt durch den tölpischen Herbsttag.

Marlene sieht, wie der Rittmeister läuft. In seinem Antlitz ist jeder Nero gespannt. Um keinen weiszähnlichen Mund zußt es. Warum kommt in seine halboffenen Augen.

Blau wird er mit einem Male und atmet schwer, wie wenn ihm ein Stein überläuft, als folge er einem Gedaufen, mühevoll, und kann den Grund nicht finden.

Da springt er plötzlich auf und führt den Ullern an. "Alter, was spielt Ihr da?"

Erschrockt lädt der weihhaarige Musizier das Horn hinunter.

"Eu. Gnaden," krammt er, "des Prinzen August Lied."

Augenblide lang sieht der Rittmeister wie gesetzswidrig da, dann schüttelt er den Kopf und drückt sich an den Schädeln.

"Spielt, spielt!" ruft er den Musizanten zu und wirft ihnen einen Gulden hin.

"Sie spielen!"

Und mit einem Male schwungt ein Ton der unausprechlichen Süße durch den goldenen Herbsttag, daß alle wie verzückt lauschen.

(Fortsetzung folgt.)

Friedrich Augsburger

Ein fridericianischer Roman von Wolfgang Marlow.

(Hrsg. - Reichsdruck durch Verlag Ost. Meister, Berau.)

27

Rachdruck verboten

Moskau waren gekommen, böhmisches Mußtanten, die der König eigentlich nicht in seinem Lande duldet, die aber trotz Donnerwetter und Kritik immer wieder kamen.

Drei Männer waren es, ein blutjunges Violinist und zwei Alte, beide schwachsinnig. Der eine spielt die Klavirino und der andere entlockte seinem Horn melancholische Töne.

Der Ländler, den sie spielen, entzündete die Tanzlust in den Buben. Die Theodore tanzte freudig mit der Ilse und die Senta mit der Marie. Der Lieutenant vom Marzich führte die Jüngste, die Kämmelie, zum Tanz.

"Marlene," sagt er ganz leise und sieht sie an mit Augen der Liebe.

Doch Marlene schwieg und hält die Augen geschlossen. Der Augsburger sieht auf den lachenden Scheitel des Mädchens, das unbeweglich steht, nur ihre Hände zittern.

"Du," sagt er leise, "sieh, liebst, wie es die Sonne trog Herbst und Hünwelsen so gut meint. In mir ist Frühling, seit ich in deine Augen gesehen habe. Ich hab' dich so lieb, Marlene!"

Sie zittert unter seinen Worten, aber sie schwiegt.

"Marlene," bittet er wieder, " sag' mir ein Wort! Hast du mich lieb? Nur dich will ich."

Da hebt sie den Kopf. Aus ihren dunklen Augen flammte Empörung, die mit helter Liebe kämpft.

"Herr Rittmeister," sagt sie hart, "ich bin Marlene von Neukirchen. Ich bin kein Spielzeug für Sie. Lassen Sie mich in Frieden! Ich will es nicht, Herr Rittmeister."

Die letzten Worte fallen ihr namenlos schwer, hart und trocken kommen sie über ihre Lippen. Und sie überwindet sich und sieht den Rittmeister an und kann seinen Blick nicht aushalten.

Zwei Männeraugen brennen in ihre Seele.

Zwei Augen, in denen Jäger Schred und zorniger Wille steht.

"Baron

Das Neueste aus aller Welt

Ölhewelle - in Australien

Bondi, 13. 1. UU. (Rundschau.) Nach Verhüllungen aus Sibirien berichtet ausnahmslos in verschiedenen Teilen Australiens starke Ölhebe. In Südaustralien sind zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen, so in einem Altersheim in Adelelaide allein 7. Als Folge der Ölhebe werden zahlreiche Brände aus den verschiedenen Vororten berichtet. Einzelne Beispiele seien empfindlich unter Wassermangel.

20 Personen in Sibirien ertrunken

Moskau, 13. 1. UU. (Rundschau.) Wie aus Moskau berichtet wird, sind in Sibirien 20 Personen ertrunken. In verschiedenen Teilen Sibiriens herrschen 65 Grad Wärmehöhe unter 0.

Ein reicher Fund

Moskau, 13. 1. (Rundschau.) In Sowjetfond fanden zwei Schlosser in einem alten verschwundenen Geldschrank, den sie für zwei Dollar gekauft hatten, 75 000 Dollar.

Dokumentendiebstahl in der ungarischen Menschenrechtsliga in Paris

Paris, 12. 1. Die ungarische Liga für Menschenrechte in Paris hat der französischen Liga mitgeteilt, daß im vergangenen September in ihren Räumen die meisten Dokumente über die nach Frankreich ausgewanderten Ungarn angedacht im Auftrag der ungarischen Gesandtschaft gestohlen und dem ungarischen Außenminister übermittelt worden seien. Die französische Liga fordert daraufhin von den zuständigen Parteien Stellen die strengste Untersuchung der Angelegenheit.

Auf dem Gange zum Galgen noch einmal zum Mörder geworden

Das Belgrad wird uns berichtet: Vor einiger Zeit waren hier zwei bulgarische Komitatschefs namens Stoyan Stoylev und Simeon Ivanov vom Gericht in Drabnik zum Tode verurteilt worden, weil sie im Jahre 1921 an einem bewaffneten Bandenüberfall auf das Dorf Hulovo teilgenommen hatten. Beide harrten des Augenblicks, ihre Schulden am Galgen zu lösen. Als der Verhandlungstag heranrückte, erbat sich Stoylev als besondere Gnade die Erlaubnis, sich von einer Komitatschef, die sich mit ihm im Gefängnis befinden, verabschieden zu dürfen. Diese letzte Bitte wurde ihm auch gewährt. Als er einem seiner Geschworenen gegenüberstand, umarmte er ihn herzlich und bat ihm dabei gleichzeitig die Rose und ein Teil der Rose ab. Er erklärte, daß er sich dafür habe rächen wollen, daß der Genosse beim Prozeß gegen ihn ausgesetzt hatte. Einige Tage später wurden die beiden Verurteilten zum Richtplatz geführt. Kurz, bevor sie den Galgen erreichten, härrte sich Stoylev auf einen der begleitenden Wärter und rief ihm ein Messer, das er bei sich

zu verbergen verstanden hatte, in die Brust. Der Wärter fiel sofort tot. Gleichzeitig verwundete er einen zweiten Wärter. Es bedurfte der Anstrengung mehrerer Gendarmen, um den Rolenen zu überwinden und am Galgen aufzuhängen.

Monatsbericht der Allgem. Ortsfrankenzasse

Dezember-Bericht

Mitgliederzahl: 6228.

Arbeitsunfähigkeits-Strafe: 141 (Wochenarbeitsstrafe), davon 61 männliche, 80 weibliche.

Worwiegende Anzahlungen der Arbeitsunfähigkeiten:

a) männlich: 1. Verletzungen, Brüche u. l. w., 2. Rheumatismus, 3. Entzündungen, Geschwüre u. l. w.; b) weiblich: 1. Grippe, Influenza, 2. Entzündungen der Uterushöhle, 3. Verletzungen, Brüche u. l. w.

Wochenarbeits-Strafe: 49. Sterbefälle: 11.

Kriegsbeschädigte: 15.

Anträge auf Unterbringung in Asylheimen: 2.

Sonstiges:

Nach einem Gesetz vom 10. Dezember 1926 sind die Leistungen der Wochenarbeiter, Familienwochenarbeiter und Wochenarbeiter auf die Erwerbsunterstützung nicht anzurechnen.

Die Gemeinde hat aus Mitteln der Erwerbsförderung für die Invaliden, Angestellten und knapphaften Personensorfahrt der Erwerbsunterstützung die Befreiung zu entrichten, die zur Erhaltung der Unarbeitsfähigkeit notwendig sind.

Kunst und Wissenschaft

Ausfüllung einer Lücke in der Geschichtsliteratur

der deutschen Technik. Der Verein Deutscher Ingenieure plant die Herausgabe einer Uebersicht des Hauptwerkes des 1886 in Chemnitz geführten Stadtphysikus und Bürgermeisters Georg Agricola „De re metallica“ („Metallwerck“). Mit diesem Rendruck des, dem Brauche der damaligen Menschheit entsprechend, in lateinischer Sprache geschriebenen Werkes in deutscher Uebersetzung wirkt eine Lücke in der wissenschaftlichen Literatur zur Geschichte der deutschen Technik ausgeschlossen werden, die nur warm zu begrüßen ist. Der Verfasser ist der erste historische Mineralog Deutschlands gewesen und wird vielleicht als der erste historische Wissenschaftler überbaupt angesehen. Seine Einteilung der Gesteine, die die Kennzeichen des Gesteinsentwickelns berücksichtigend, einfache und zusammenhängende Minerale unterscheidet und die ersten in Erdern, Konstruktionen, Steine und Metalle einteilt, blieb bis an die Wende des 18. Jahrhunderts für die gesamte damalige Wissenschaft maßgebend. Georg Agricola (Auer) wurde 1494 in Glanau geboren, war 1518 bis 1522 Rektor in Jülich, studierte dann in Leipzig, Jena und Mailand Medizin, um sich und ein Teil der Familie ab. Er erkrankte, doch er sich dafür habe rächen wollen, daß der Genosse beim Prozeß gegen ihn ausgesetzt hatte. Einige Tage später wurden die beiden Verurteilten zum Richtplatz geführt. Kurz, bevor sie den Galgen erreichten, härrte sich Stoylev auf einen der begleitenden Wärter und rief ihm ein Messer, das er bei sich

zu verbergen verstanden hatte, in die Brust. Der Wärter fiel sofort tot. Gleichzeitig verwundete er einen zweiten Wärter. Es bedurfte der Anstrengung mehrerer Gendarmen, um den Rolenen zu überwinden und am Galgen aufzuhängen.

Die Trauerfeier für General Stewart Chamberlain. In der Auditorie Leichenhalle fand am Mittwoch die stille Trauerfeier für General Stewart Chamberlain statt. Unter den Amtesleuten befanden sich u. a. Siegfried Wagner, Großherzog Ferdinand von Bulgarien, Prinz August Wilhelm von Preußen als Vertreter des früheren Kaisers, Reichsgraf Adolf Hitler.

Aus der Filmwelt

Welt-Theater. Heute abend zum letzten Male mit großem Erfolg aufgenommene erstaunliche Doppelprogramm von insgesamt 12 Akten. An erster Stelle das grandiose Gesellschafts- und Liebesdrama in 6 Akten „Die Frau ohne Gewissen“, ein Film, dessen impulsive Handlung durch wunderbare, bisher nie gesehene Aufnahmen aus Salzburg besonders gewohnt. Anschließend folgt dann der prächtige Opernball-Märchenfilm „Die Maus des Papes“ oder „Die Sizilianische Armee“. Eine traumatische Aktion mit einer ungewöhnlich spannenden, atemberaubenden Handlung ziehen am Besucher vorüber, und reisen ihn durch die Wunder der Geheimnisse in ihren Raum. Fred Thoman, der beliebte Komödiendarsteller und sein Wunderbares Silberton als Träger des Hawaikronen tun ein Übriges, um den Film weit über das alltägliche Milieu der Weltfilm hinaufzubauen. Die Triumvir-Woche als Schluss des Spielplans ist wie immer sehr interessant. Neben neueren Sensationen „Der Mann, der sich verkauft“ und „1000 Schritte Charakter“, 4 Ton-Stunden im Film! Nächstes hierüber morgen im Apollo-Theater ab morgen Tom Mix in „Der Sturm auf dem Goldexpress“.

Beiratsauschusssitzung

der Amtshauptmannschaft Flöha

Am 8. Januar 1927 fand unter dem Vorsitz des Herrn Amtshauptmanns Dr. Decker im Verhandlungssaal der Amtshauptmannschaft die 1. öffentliche Sitzung des Beiratsausschusses im Jahre 1927 statt. Diese wurde ausgesetzt durch die Teilnahme des Herrn Kreishauptmanns Dr. Seyfarth.

Der Vorsitz in die Tagesordnung rückte zunächst der Herr Vorsteher die beginnende Woche an den Herren Kreishauptmann und dankte ihm für sein Erscheinen und das dadurch bestehende Interesse an den Versammlungen des Beiratsausschusses und den Geschäften des Bezirks der Amtshauptmannschaft Flöha. So dann sprach der Herr Vorsteher den Herren Mitgliedern des Beiratsausschusses für ihre neue und erfreuliche Mitarbeit im abgelaufenen Jahre seinen Dank aus, hob jedoch das jederzeitige harmonische Zusammenarbeiten mit den Herren Mitgliedern des Beiratsausschusses hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die bisherige Harmonie und das gegenseitige Verstehen auch im neuen Jahre erhalten bleiben mögten.

In Erledigung der Tagesordnung wurde zunächst eine Einigung zwischen der Stadtgemeinde Augustenburg und der Gemeinde Schellenberg über Einbeziehung verschiedener in Schellenberg für gelegener Einwohner des Hauses für Dorfschellenberg in den Zusammenarbeit mit den Herren Mitgliedern des Beiratsausschusses hergestellt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die bisherige Harmonie und das gegenseitige Verstehen auch im neuen Jahre erhalten bleiben mögten. Das Urtheil kann indes noch abgewendet werden, wenn man ihr ein Bittel des Kirchlich geistlichen Schwesches übergebe. Nach dieses Verlangen der Gemeinde wurde prompt erfüllt.

Stadtgericht Augustenburg, gerichtl. § 131 Abs. 1 Nr. 1a Gemeindeordnung genehmigt.

Sobald die Bildung der Wahlkreise für die kommende vorzunehmende Beiratsauschusssitzung war in der Dezember-Sitzung des Beiratsausschusses ein Vorschlag eingereicht worden, der damals von der Weisheit des Beiratsausschusses aufgegeben worden war. Demgegenüber hat jetzt Herr Bürgermeister Härtle als Beiratsausschusssitzung einen neuen Vorschlag eingereicht. Die Beiratsauschusssitzung über diesen neuen Vorschlag wurde ausgesetzt — die Freitaten wollen zunächst noch Sitzung dazu nehmen — und einer noch vor dem Beiratsausschusssitzung am 11. Januar 1927 stattfindenden neuen Sitzung des Beiratsausschusses vorbehalten.

Es fand dann u. a. Genehmigung ein Gesetz des Gemeindeherrn Paul Hemig in Überleichtersum um Genehmigung zur Aufstellung eines Blattfeuerhauses im Grundstück Nr. 32 festgestellt.

Sodann nahm der Beiratsausschuss Kenntnis von der bisherigen Berichterstattung der Behörden für Hochwasser, besonders in den Beiratsgemeinden und erklärte sich damit einverstanden, daß die noch zur Verfügung stehenden Behörden nach den Vorschriften des vom Beiratsausschusssitzung eingetragenen Unternehmens verteilt werden.

Anschließend hieran fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt, in der über eine Anzahl Staats- und Beiratsangelegenheiten Besluß gefaßt wurde.

Handel

Chemnitzer Produktionsbörse. Die am Mittwoch nachmittag abgehaltene Produktionsbörse war auf einen recht lebendigen und unverlässlichen Ton gekommen. Während die Weihnachtspreise unverändert sind, steht Roggen noch wie vor im Vordergrunde des Interesses. Infolge der großen Nachfrage gingen hierfür die Preise sprunghaft in die Höhe. Es wurden folgende amtliche Notierungen vorgenommen: Weizen (78 Rg.) 264—270, Weizen (68 Rg.) 249—254, Roggen (68 Rg.) 244—260, Roggen (68 Rg.) 262 bis 268, Sandrohren (70 Rg.) 272—278, Sommerrohre 235—270, Wintergerste 215—225, alter Hafer 210—220, Mais 195—200, Mais Einquantal 210—225, Weizenmehl 46,5, Roggenmehl 41, Weizenflocken 12,75, Roggenflocken 13,5, Weizenstroh 4,50, Getreidestroh 4,50.

Aus der Filmwelt

Menschen, die nicht alle weiden. Nieders, gutgläubige Bauernleute in Grünberg (Schlesien) haben sich von einer Hexenfrau das Fell gründlich aber die Hosen ziehen lassen. Die blonde „Hexe“ hatte der Bauer erzählt, sie würde ihrem frischen Manne helfen, wenn sie 100 Mark Lohn hierfür erhält, sonst aber müsse ihr Mann sterben; denn auf einem St. das sie dem Bauer auf die Stelle gelegt, hätte sich Freund Heu gesetzt. Heu brachte nun der Frau die verlangten 100 Mark in die Hand, worauf sie sich mit der Erklärung entzückt, dem Mann aus der Ferne Haltung zu geben, um zu können sie zu wenden. Bald aber schrie die Hexe noch einmal zurück und meinte, bis zu 100 Mark könnten den Bauern doch nicht vom Leben retten. Das Urtheil kann indes noch abgewendet werden, wenn man ihr ein Bittel des Kirchlich geistlichen Schwesches übergebe. Nach dieses Verlangen der Gemeinde wurde prompt erfüllt.

Für Familien-Nachrichten vormittags 9 Uhr des Eröffnungstages; für alle anderen Arbeiten am Abend des Eröffnungstages.

Schluß der Anzeigenannahme:

Geschäftsstelle des „Frankenberger Tageblattes“.

Bekanntmachung des Stadtrates zu Frankenberg

Mr. 8. Straßensperrung! Wegen vorzunehmender Bauarbeiten am Bahnhofsvorhang in der Heinrich-Ved.-Straße wird am Freitag, den 14. Januar, Vormittag von 6 bis 12 Uhr die Heinrich-Ved.-Straße von der Seminarschule bis zum Bahnhofsvorhang für allen Fahrverkehr gesperrt.

Pa. rote u. weiße Speise-Kartoffeln

pro Zentner 5 Mark frei Frankenberg

hat abzugeben.

Rittergut Lichtenwalde. Feraral 220

„Mißl. Tylitz“

die neue deutsche Handarbeit!

zeigt mein Schaufenster in ihrer vielseitigen Verwendungsmöglichkeit.

In wenigen Minuten zu erlernen.

Geringfügige Anschaffungskosten für Vorlagen und Material.

Eduard Bergmann.

Sonder-Angebot!

1 Paar Moto-Strümpfe # 0,65

1 Paar Reckmischwoll. Strümpfe # 1,35

1 Paar Wollene Strümpfen # 0,85

3 Paar Baumwoll. Strümpfe # 0,90

■ S. Paperno, Winklerstraße 14.

Einige starke Arbeits-Pferde

jung und mitteljährig, dergleichen

ein Park- und ein Schleifwagen

unter halbem Bedingungen zu verkaufen.

H. Rabe. Telefon 376.

Eisenbahn-Frachtbriebe

mit Sicht und Signatur, Ort und Name der Reisebahn

Buchdrucker C. G. Hobbera.

Rohfelle - aller Art -

fest zu hohen Tagespreisen

Paul Flemming, Schloß

Paul Flemming, Schloß

Männer-Riege D. T.

Freitag — nach der Turnstunde

Versammlung bei Peyer.

Die billigen Verkaufstage

nur gute Schuhwaren während noch

Freitag u. Sonnabend, den 14. u. 15. Jan.

Lack-Spangen-Schuh, Lack-Pumps und Schuhstöckchen

besonders im Preis herabgesetzt.

Schuh-Geschäft Arno Bodenschatz Wwe.

Ecke Körner- und Winkler-Straße.

Billiger Kaffee

durch direkten Import.

- Rührige Vertreter gesucht -

welche bei Großstädten, Großdörfen, Einzugsstellen eingeführt sind.

— Herrn Wölker, Annen-Expedition, Bremen erbeten. —

Mehrmales bestellte Anzeigen haben nachhaltigen Erfolg

Drehzige's Theater

„Ergericht“ Niederlichtenau —

Freitag abend: Karl Stöppner.